



Wenn die Armut anklopft

Finanzieller und sozialer Abstieg belastet besonders die Kinder

Niemand ist vor Armut sicher. Der Abbau von Arbeitsplätzen und immer schlechter bezahlte Jobs, aber auch die hohe Scheidungsrate sind typische Ursachen. Der finanzielle Einbruch bedeutet zumeist auch einen sozialen Abstieg. Und das verbaut den Kindern die Zukunftschancen. ▢ Tina Adomako



Vor wenigen Jahren zählte die Journalistin Katarina K. (Name von der Redaktion geändert) noch zu den Gutverdienern im Lande. Als fest angestellte und über Tarif bezahlte Redakteurin konnte sie sich ein angenehmes Leben leisten. Eingekauft wurde, was gefiel. Konzert-, Kino- und Restaurantbesuche unternahm die Redakteurin regelmäßig mit Freunden. Auch die mehr als zweihundert Euro Elternbeitrag, die ein Ganztags-Kindergarten-Betreuungsplatz damals in der zweit teuersten Stufe kostete, waren für die Alleinerziehende kein Problem. Ob sie sich einen jährlichen Auslandsurlaub mit ihrem Sohn gönnen konnte, stand für Katarina damals nie in Frage. Dann wurden in dem Verlag, in dem sie arbeitete, die Prozesse „optimiert“. Die ominösen Begriffe Rationalisierung und Konsolidierung machten die Runde. Am Ende des Prozesses standen mehrere Redakteure auf der Straße. Es waren überwiegend die älteren, die übertariflich bezahlt wurden – darunter Katarina: Sie war zu teuer und wurde einfach wegrationalisiert. Selbst über die Sozialauswahlkriterien sah der mächtige Arbeitgeber hinweg. Unter dem schönen Deckmantel der „betriebsbedingten Kündigung“ konnte er deshalb sogar eine Alleinerziehende mit jahrelanger Firmenzugehörigkeit kündigen. Niemals hätte sich die gut ausgebildete 50-Jährige träumen lassen, dass sie danach keine Stelle mehr finden würde, niemals, dass sie bald zu denen gehören würde, die neudeutsch als das „akademische Prekariat“ bezeichnet werden. Armut – das war früher ein Schicksal, das Menschen ohne Berufsausbildung oder Schul- und Studienabschluss betraf. „Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass ich mit meinen zwei Universitätsabschlüssen und mit meinem bis dahin lückenlosen beruflichen Lebenslauf und der vielen Berufserfahrung keine Festanstellung mehr finden würde“, sagt Katarina.

Schlussverkauf statt Essengehen

Die Menschen am Rande der Gesellschaft waren doch solche mit zweifelhaften oder gebrochenen Lebensläufen. Glücksspieler, die ihre Schulden nicht mehr zahlen konnten, Alkoholiker, Drogensüchtige, Menschen, die schon in der dritten Generation Sozialleistungsempfänger waren. Leute wie Katarina, Libelleleserin, Biomarkteinkäuferin, Theatergängerin, Kulturinteressierte gehörten bislang der Mitte der Gesellschaft an. Doch die deutsche Mittelschicht ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich geschrumpft. Erneut belegen Zahlen, dass der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen im statistischen Mittel kleiner geworden ist. In den vergangenen Jahren haben sich mehr als fünf Millionen Deutsche finanziell nach unten „verschlechtert“. Heute sind auch gut ausgebildete Menschen wie Katarina mitten in der (neuen) Armut angekommen. Seit drei Jahren hat Katarina keine größere Urlaubsreise mehr mit ihrem Sohn unternommen – dafür ist einfach kein



Die Mittelschicht schrumpft. Das stellt eine Gefahr für Familien mit Kindern dar.

Geld mehr da. In Restaurants gehen Mutter und Sohn auch schon lange nicht mehr. „Das war ein Ritual bei uns“, sagt sie. „Freitags bin ich mit dem Jungen immer zu seinem Lieblingsitaliener gegangen“. Beim Einkaufen achtet sie genau auf die Preise, Kleidung wird ohnehin nur noch im Schlussverkauf gekauft, und manche Anschaffung notgedrungen auf später verschoben. „Als es die Abwrackprämie gab, habe ich mit einem neuen Auto geliebäugelt. Aber selbst mit Prämie war das nicht drin. Ich werde wohl meine alte Karre fahren, bis sie auseinanderfällt“, sagt die Mutter, die nun als freiberufliche Journalistin mit knapp einem Viertel ihres früheren Gehalts auskommen muss.

Mehr Arme und mehr Reiche

Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. In einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Februar 2010 (nachzulesen im DIW-Bericht Nr. 7/2010) weisen Ökonomen erneut auf das hohe Armutsrisiko in Deutschland hin. In den vergangenen zehn Jahren sei zum einen der Anteil jener Haushalte, die weniger als 70 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben, gestiegen. Gleichzeitig gebe es immer mehr Haushalte, die ein Einkommen von mehr als 150 Prozent des Mittelwerts aufweisen – mehr Arme und mehr Reiche also, und eine schrumpfende Mittelschicht. Die Armut betrifft vor allem Familien mit Kindern und Heranwachsenden (hierzu auch die Libelle 09/2011). Unter den Familien weisen laut Studie Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko von mehr als 40 Prozent auf. Sind die Kinder unter drei Jahre alt, steigt das Risiko noch einmal kräftig an. So sind Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren die größte Risikogruppe überhaupt mit einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko von mehr als 50 Prozent!

Arm trotz Job: „Working poor“

Ein häufiger Grund für den Abstieg in die Armut ist wie in Katarinas Fall der Verlust des Arbeitsplatzes. Auch wenn die Journalistin seitdem freiberuflich weiterarbeitet, verdient sie nicht mal halb so viel wie früher, weil Verlage häufig Dumpingpreise für die Arbeit der Freiberufler zahlen. Und selbst eine feste Anstellung bringt heute noch lange keinen automatischen Ausweg aus der Armutsfalle. Wer sich bemüht und harte Arbeit leistet, hat noch keine Garantie für bessere finanzielle Perspektiven. Durch Lohndumping und die Aussonderung von Arbeitsbereichen zu niedrigeren Tarifverträgen verschlechtern sich die Gehälter und die Arbeitsbedingungen bei gleichzeitiger Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Etwa ein Drittel aller Beschäftigten ist heute im Niedriglohnssektor tätig – eine besorgniserregende Zunahme im Vergleich zu den 90er-Jahren. „Working poor“ wird dieses Phänomen in Amerika genannt. Und dann leistet auch noch die steigende Zahl der Scheidungen ihren Beitrag zur Verarmung, denn wenn das Einkommen für einen Haushalt plötzlich auf zwei Haushalte verteilt werden muss, ist es nur logisch, dass für beide weniger übrig bleibt. Neben dieser neuen Armut gibt es nach wie vor die Armut, die von Generation zu Generation weitervererbt wird, zum Beispiel bei Sozialhilfeempfängern und Familien, in denen die Eltern noch nie gearbeitet haben. Entweder weil sie keine Ausbildung haben, oder die Familien so kinderreich sind, dass allein schon wegen der Betreuung der Kinder keine Erwerbstätigkeit möglich ist. Dieser Trend nach unten wird durch die Bundesregierung verschärft, die mit ihrem Sparpaket hohe Einkommen verschont und niedrige Einkommen belastet, kritisiert die DIW-Studie. Gehörten 2004 noch rund 19 Prozent der deutschen Haushalte zur untersten der drei von den Wirtschaftsforschern definierten sozialen Schichten, so waren es 2009 schon 22 Prozent.



Armutsrisiko: Alleinerziehend.

Tendenz steigend. Das Traurige daran ist: Es liegt nicht an mangelnder Arbeit im Land.

Niedriglohnsektor boomt

„Arbeit gibt es mehr als genug“, titelte Focus Money im Februar dieses Jahres. Laut einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden 2010 offiziell 1,25 Milliarden bezahlte Stunden Mehrarbeit und fast die gleiche Anzahl an unbezahlten Überstunden geleistet. Das bedeutet, dass im vergangenen Jahr hierzulande 2,5 Milliarden Überstunden angefallen sind (Quelle: IAQ-Report, 07/2010). Das muss man sich mal vorstellen! Diese Überstunden entsprechen fast einem ganzen Jahr Vollzeitbeschäftigung von mehr als einer Million Menschen. Man wundert sich, dass da die Politik nicht eingreift. Doch selbst wenn diese Anzahl Menschen zusätzlich beschäftigt gewesen wäre, es würde nicht ausreichen, um das Armutsproblem zu lösen. Es sind nachhaltige Lösungen nötig. Vor allem für die Jüngsten im Lande, die am härtesten betroffen sind. Es ist doch nur Schönfärberei, wenn die Regierung sich mit dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen schmückt. Denn auf der anderen Seite weiß man, dass Millionen von Menschen lediglich in Minijobs oder im Niedriglohnsektor beschäftigt sind. Aus der Arbeitslosenstatistik fallen sie so heraus, doch an der prekären Lebenssituation dieser Menschen und ihrer Familien ändert das wenig. Trauriger Fakt ist: In Deutschland steigt die Zahl derer, die trotz Arbeit arm sind. „Deutschland zählt zu den Ländern, in denen die Armut unter Arbeitnehmern zunimmt“, schreiben die Sozialforscher Hennig Lohmann und Hans-Jürgen Andreß in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung („Armut von Erwerbstätigen in Europa: Ausmaß, Struktur und Entwicklungen“, 2009, Universität Köln). Ihrer Studie zufolge sind es inzwischen sieben Prozent der Erwerbstätigen – und die Tendenz steigt. Anders als früher, als niedrig bezahlte Jobs eher ein Zusatzeinkommen

für Mittelschichtsfamilien darstellten, gehen laut der Studie heute häufig auch Alleinverdiener schlecht bezahlten Jobs nach. Für Lohmann und Andreß ist das ein Anzeichen für wachsende soziale Probleme.

Beengter Wohnraum

Eine vierköpfige Familie mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1 944 Euro im Monat gilt als arm und kann nicht in dem Maße an der Gesellschaft teilhaben wie der Durchschnitt. In NRW lebt inzwischen jedes vierte Kind in einer Familie, die weniger als diese Summe monatlich zur Verfügung hat. Es sind die Kinder von Sozialhilfeempfängern, von Geschiedenen, von Alleinerziehenden und Kinder aus kinderreichen Familien. Diesen Kindern fehlt es jedoch nicht nur an materiellen Gütern wie Marken-Sneakers oder schicken iPads. Diese sind zwar nicht lebensnotwendig, aber sie verdeutlichen, zu welcher gesellschaftlichen Klasse man gehört. Denn Armut hat immer zwei Seiten – eine finanzielle und eine soziale Komponente, und Studien zeigen immer wieder, dass die materielle Armut die kindliche Entwicklung auch im Sozialbereich negativ beeinflusst. „Kinder, die in materieller Armut aufwachsen, sind mit vielfältigen Benachteiligungen und Belastungen in verschiedenen Lebenslagen konfrontiert“, schreiben Dr. Eva Munz und Bertram Cloos in ihrem Bericht „Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen“ (herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, 2009). Häufig wachsen solche Kinder in kleinen Wohnungen unter sehr beengten Verhältnissen auf. Schon aus der Wohnsituation heraus entstehen oft Spannungen, etwa weil es keine Rückzugsmöglichkeiten für die einzelnen Familienmitglieder gibt. Dazu kommt, dass arme Kinder viel seltener die Möglichkeit haben, kulturelle Angebote wie beispielsweise Kunstkurse in Museen, Musikunterricht oder Sportangebote wahrzu-

nehmen, weil ihre Familien häufig an Ausgaben für kulturelle und soziale Teilhabe sparen. Auch Nachhilfeunterricht können viele Eltern ihren Kindern nicht bezahlen. Dadurch werden die Zukunftsperspektiven dieser Kinder stark eingeschränkt, was zur Folge hat, dass sich auch die soziale Armut vererbt: Häufig leben ganze Familien schon in der dritten Generation am Ende der Sozialskala, oft in bestimmten Wohnvierteln oder Stadtteilen, die sie zusätzlich abstempeln. Allein schon manche Wohnadresse schmälert die Chance, einen Ausbildungsplatz oder einen Job zu bekommen. Und so setzt sich die Misere fort.

UNICEF fordert Maßnahmen

Immerhin ist mit der Einführung der OGATA, der offenen Ganztagsgrundschule, ein positiver Schritt getan worden. Nicht nur ist die Nachmittagsbetreuung für Kinder aus Familien mit einem niedrigen Einkommen unter 24 542 Euro kostenlos. Viele Düsseldorf OGATAs bieten nachmittags ein breites Programm an – von Golfen über Schauspiellern, Tanz- und Musikunterricht bis hin zu Computer- und Umweltkursen. So haben auch Kinder aus bildungsfernen und aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit, an zahlreichen künstlerischen, musischen und sportlichen außerschulischen Aktivitäten teilzunehmen. Und die Ganztagsbetreuung ermöglicht es den Eltern, bis 16 oder 17 Uhr zu arbeiten – sofern sie eine Arbeit haben. Auch die Abschaffung der Kindergartengebühren ist ein Signal in die richtige Richtung. Allerdings gilt das bisher nur für Kinder ab drei Jahren, obwohl die unter Dreijährigen zu der am meisten von Armut gefährdeten Gruppe zählen. Die SPD im Rathaus fordert daher die Gebührenbefreiung auch für die ganz Kleinen. Aber solange es nicht genügend Plätze für unter Dreijährige gibt, hilft auch eine Senkung der Gebühr nicht wirklich weiter. Deutschland ist hier Entwicklungsland. Keine Nation der westlichen Hemisphäre investiert derzeit weniger in den Bereich der frühkindlichen Förderung. Umso erfreulicher ist es, dass inzwischen Firmen und Betriebe die Familie für sich entdeckt haben. Während sich die Diskussion um eine Ausweitung des staatlichen Angebots an Betreuungsplätzen hinzieht – man will erst einmal eine zeitaufwendige Bedarfsermittlung erstellen – nähern sich die insbesondere an Mütter gerichteten Angebote diverser Unternehmen sogar ein kleines Stück den Forderungen von UNICEF. Natürlich nicht ohne eigene Interessen, denn Untersuchungen zeigen, dass Mütter, deren Kinder gut betreut sind, auch leistungsstärker sind. Die Forderungen von UNICEF lauten: Ausbau von Plätzen in Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen – und zwar an die tatsächlichen Bedürfnisse von Kindern und Eltern angepasst. Mehr bildende Förderangebote zu Integration, kommunales Engagement zur Vermeidung von Ghettobildung und eine größere politische Berücksichtigung benachteiligter Kinder.



DIE RICHTIGE ENTSCHEIDUNG: Impfen schützt vor Infektions- krankheiten

Infektionskrankheiten sind keine Kleinigkeit. Sie können schwerwiegende Folgen für die Gesundheit Ihres Kindes haben.

IMPFFEN SCHÜTZT

Nicht nur Ihr Kind, sondern bei übertragbaren Krankheiten auch Familienmitglieder und Spielkameraden.

IMPFFEN IST SICHER

Die Sicherheit der Impfstoffe wird laufend überprüft; Nebenwirkungen treten nur sehr selten auf.

IMPFFEN WIRKT

Wenn der Impfschutz frühzeitig und vollständig aufgebaut wird und nötige Auffrischungsimpfungen zeitgerecht erfolgen.

IMPFFEN IST ZUZAHLUNGSFREI

Die Kosten empfohlener Impfungen im Kindesalter werden von den Krankenkassen übernommen. Sie müssen keine Praxisgebühr bezahlen.



BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Sprechen Sie mit Ihrer Kinderärztin bzw. Ihrem Kinderarzt darüber, welche Impfungen für Ihr Kind empfohlen werden.

www.impfen-info.de



RALPH SONDERMANN

Guntram Schneider setzt auf Bildung gegen Armut.

Teufelskreis durchbrechen

Interview mit Guntram Schneider (SPD), NRW-Minister für Arbeit, Integration und Soziales

Libelle: Das Armutsrisiko der hier lebenden Menschen steigt immer mehr an ...

Guntram Schneider: Die Armutsrisikoquote ist laut unseres Sozialberichts auf gleichbleibendem Niveau – das heißt aber natürlich nicht, dass das gut ist. Zu einer Verbesserung dieser

Quote müssen wir vornehmlich mehr Menschen in Arbeit kriegen. Denn die Arbeitslosigkeit ist der Armutsverursacher Nummer eins.

Libelle: Immer häufiger sind auch gut ausgebildete Menschen vom sozialen Abstieg bedroht. Wie erklären Sie das?

Schneider: Wir haben es mit einer starken Deregulierung des Arbeitsmarkts zu tun. Damit verbunden sind viele Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse, von Leiharbeit über Zeit- und Werkverträge. Das ist bei Arbeiterinnen und Arbeitern ebenso der Fall wie bei Angestellten bis in die obersten Etagen. Viele, auch hochqualifizierte Fachkräfte sind inzwischen in der Leiharbeit zu niedrigen Löhnen beschäftigt. Diese Spirale müssen wir durchbrechen.

Libelle: In NRW ist fast jedes vierte Kind arm. Wie sieht die Zukunft einer solchen Gesellschaft aus?

Schneider: Es ist schlimm, dass in NRW jedes vierte Kind arm ist. In erster Linie resultiert das daraus, dass arme Kinder die Kinder armer Eltern sind. Die einzige Möglichkeit, den Teufelskreis „armes Kind – wenig Bildung – schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt – keine Arbeit – Transferempfänger auf Dauer“ zu durchbrechen, ist die verstärkte Investition in Bildung und in ein Bildungssystem, das weniger selektiv ist. Die rot-grüne Landesregierung hat ein neues Schulgesetz durchgesetzt, und wir sparen zwar sonst überall – aber nicht im Bildungsreich, da investieren wir.

Libelle: Deutschland ist das kinderärmste Land Europas. Wie lässt sich das ändern?

Schneider: Frauen sollten nach ihrer Elternzeit in der Karriere durch ein Kind keine Beeinträchtigungen mehr erfahren und Beruf und Familie in Einklang bringen können. Wir als Landesregierung leisten unseren Beitrag etwa durch das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr. Aber wir brauchen auch einen Paradigmenwechsel in der Unternehmenskultur: Frauen mit Kindern dürfen nicht länger als Arbeitnehmerinnen mit angezogenen Bremsen wahrgenommen werden, sondern als wichtige Potenziale, die ein Unternehmen voranbringen. Das ist unser Ziel.

Das Gespräch führte Tina Adomako.



Zur Person

DER MINISTER

Guntram Schneider stammt aus Gütersloh, wo er 1951 geboren wurde. Er ist SPD-Politiker und Gewerkschafter. Seit Juli 2010 ist er Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Vorher war er DGB-Vorsitzender im Landesbezirk NRW.

Konzerte und Feste für lau

Ende März startete die Regierung das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder. Damit sollten armen Kindern etwa der Besuch von Musikschulen, Nachhilfeunterricht, warme Mittagsmahlzeiten oder die Erstattung von Fahrtkosten ermöglicht werden. Doch jetzt schon zeigt sich, dass diese Maßnahme ein Schuss in den Ofen ist. Allein die bürokratische Umsetzung des Pakets kostet laut Bundesagentur für Arbeit etwa 130 Millionen Euro im Jahr. Die Antragsstellung ist so kompliziert und die Bearbeitung der Anträge dauert so lange, dass bisher nur wenige Familien vom Teilhabepaket profitiert haben. An anderer Stelle wiederum rudert die Regierung bei Förderungen zurück, zum Beispiel beim geplanten Betreuungsgeld. Ursprünglich sollten Eltern von Zwei- und Dreijährigen ab 2013 nach der Elternzeit 24 Monate lang Unterstützung bekommen, wenn sie die Kinder zu Hause betreuen. Nun fordert Familienministerin Schröder die Verkürzung auf ein Jahr, während die FDP die Förderung komplett streichen will. Wenn selbst Menschen mit guter Ausbildung oder mit Vollbeschäftigung in die Armut rutschen können, wird klar, dass niemand sich vor der finanziellen Armut wirklich schützen kann. Sie kann jeden treffen. Jemand muss nur für

eine Firma arbeiten, die plötzlich 500 Stellen abbaut – wie jüngst beim Reisekonzern TUI – und schon ist er oder sie dabei. Ganz wichtig ist es daher, zumindest ein gesundes Sozialleben weiterzuführen. Auch wenn Abstriche unumgänglich sind, finden sich immer wieder kostenlose Angebote wie Sommerkonzerte im Park, Stadtfeste, Lesungen in den Stadtbibliotheken oder Tage, an denen Museen ohne Eintritt zu besichtigen sind. Wer sich kündigt macht, kann einiges „für lau“ unternehmen und muss nicht auf kulturelle Teilhabe verzichten. Die Düsseldorfer Familienkarte bietet auch etliche Vergünstigungen – so gibt es zum Beispiel Rabatte in diversen Läden in der Stadt sowie bis zu 20 Prozent Nachlass auf den Familieneintritt in kulturelle Einrichtungen. Allerdings gehen Alleinerziehende selbst bei Vergünstigungen oft leer aus, da sich mancher Rabatt nur bei zwei Erwachsenen lohnt. Wer selbst betroffen ist, darf eines auf keinen Fall tun: den Mut verlieren. Katarina erzählt, dass sie trotz ihrer prekären finanziellen Situation heute wieder aktiv am kulturellen Leben der Stadt teilnimmt. „Anfangs hat mich die Angst vor der neuen Situation so gelähmt, dass ich mich völlig zurückgezogen habe. Ich wusste nicht mal von den Möglichkeiten, die es gibt, trotz kleiner Kasse einiges

unternehmen zu können. Heute besuche ich oft Konzerte für lau oder gehe in Lesungen und Ausstellungen, die keinen Eintritt kosten. Es ist echt erstaunlich, wie viel man auch ohne Geld unternehmen kann!“

Am Ende zahlen alle

Um dem Problem der Armut auf gesellschaftlicher Ebene beizukommen, ist jedoch ein grundsätzliches Umdenken nötig: Wenn es in der Wirtschaft weiterhin nur noch um die Gewinnoptimierung geht, wenn Arbeitsstätten weiterhin in Niedriglohnländer transferiert werden, wenn hier immer mehr Menschen ihre Arbeit verlieren oder für immer weniger Geld arbeiten müssen, kommen enorme Probleme auf uns zu, die letztendlich alle bezahlen werden. Die Aufgabe sozial gerechter Politik ist es, ökonomische und soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder in der Gesellschaft zu gewährleisten. Sie muss Reformen einführen, die Armut und soziale Ausgrenzung verhindern. Denn wenn es für immer mehr Kinder und junge Menschen keine Zukunftsperspektiven gibt, gerät das soziale Gleichgewicht aus den Fugen. Und dann werden wir auch in Deutschland Bilder sehen wie die aus den brennenden Metropolen dieses Sommers.